

**Von:** Katrin Urban Mangold [<mailto:katrin-urban-mangold@tpponline.de>]

**Gesendet:** Montag, 10. Januar 2022 22:34

**An:** 'olaf.heinrich@bezirk-niederbayern.de' <[olaf.heinrich@bezirk-niederbayern.de](mailto:olaf.heinrich@bezirk-niederbayern.de)>

**Betreff:** Antrag Suchtprävention

## **Urban Mangold, Bezirksrat (ÖDP)**

Herrn Bezirkstagspräsidenten  
Dr. Olaf Heinrich

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,  
zur Behandlung im Bezirkstag stelle ich folgenden Antrag:

1.

Die leitenden Ärzte der Kinder- und Jugendpsychiatrie und der Erwachsenenpsychiatrie des Bezirks Niederbayern erläutern dem Bezirkstag, wie sie die von der neuen Bundesregierung im Koalitionsvertrag angekündigte Freigabe von Cannabis aus ärztlicher Sicht beurteilen. Beantwortet werden soll dabei unter anderem auch die Frage, ob die legale Verbreitung weiterer Drogen zu weiteren Suchterkrankungen führen und die Ausweitung von Behandlungskapazitäten erforderlich machen könnte.

2.

Zu dieser Sitzung wird auch ein/e Suchtberater/in der Caritas eingeladen, der/die aus ihrem fachlichen Beratungsalltag die bevorstehende Entwicklung bewerten soll, vor allem hinsichtlich der Frage, ob eine zunehmenden Verbreitung von Suchterkrankungen infolge der legalen Verfügbarkeit befürchtet werden muss und welche präventiven Maßnahmen jetzt notwendig sind, um dies abzuwenden.

Begründung:

"Wir führen die kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften ein" heißt es im Ampel-Koalitionsvertrag. Es ist anzunehmen, dass diese Ankündigung der neuen Bundesregierung flott umgesetzt wird – schließlich ist der legale Konsum von Cannabis in einem Teil des politischen Spektrums ein seit Jahren intensiv vorgetragener Wunsch. Unbestritten ist es der traditionellen Drogenpolitik in den vergangenen Jahrzehnten nicht gelungen, die vom Drogenkonsum ausgehende Gefahr einzudämmen. Deshalb besteht offenbar eine gewisse gesellschaftliche Aufgeschlossenheit für neue Ansätze. Doch das, was jetzt kommt, erscheint mir auch zu wenig. Ich halte die zentrale Botschaft für wichtig: "Auch legales Cannabis gefährdet die Gesundheit und kann Suchterkrankungen verursachen!" Hierzu wünsche ich mir eine Einschätzung der leitenden Ärzte unserer Einrichtungen. Der Bezirk als für die psychiatrische Versorgung zuständige kommunale Ebene sollte sich in die öffentliche Debatte noch vor dem Gesetzgebungsverfahren einbringen. Eine Aussage des Bezirks, dass die Folgen der politisch gewollten Cannabis-Freigabe schon nach zwei Jahren, also noch in dieser Legislaturperiode und nicht erst danach, überprüft werden muss, hielte ich für notwendig.

Über allem sollte nach meiner Ansicht das Ziel stehen, Drogenkonsum zurückzudrängen und auf keinen Fall auszuweiten. Die von der neuen Regierung gewollte Legalisierung einer weiteren Droge muss unbedingt begleitet werden von einer umfassenden und kreativ-ansprechenden Präventionskampagne. Ob das vom Bundestag mitbeschlossen wird? Lustige Passagen in Unterhaltungsfilmern mit

kreisendem Joint verharmlosen seit langem ein Verhalten, das vor allem bei jungen Menschen nicht selten zu Psychosen und dauerhaften existenziellen Problemen führt.

Auf jeden Fall kommen auf die familiäre und schulische Pädagogik neue Probleme zu: Das einfach zu entschlüsselnde Signal „das ist verboten“ fällt weg. Notwendig sind jetzt glaubhafte Menschen im Nahbereich der Kinder und Jugendlichen, denen es gelingt, den Zukunftskiller Droge zu entlarven. Ob Präventionsberater in den Schulen tatsächlich wirkungsvoll warnen können, wenn manche Eltern am Abend zur Entspannung nun ganz legal Cannabis konsumieren? Cannabis legal im Laden (womöglich zeitweise auch im Sonderangebot?) darf nicht als „Kaufargument“ ankommen.

Deshalb sollte jetzt die Aufklärung vorangetrieben und die Verharmlosung beendet werden. Es geht nicht um ein „dem Verbot nachtrauern“, sondern um die nach einer Legalisierung nun noch notwendige Eindämmung möglicher Gefahren.

Urban Mangold

Bezirksrat